

Karl-Heinz Reuband

Antiamerikanismus – ein deutsches Problem?

Konstanz und Wandel des Amerikabildes im Spiegel der Umfrageforschung

1. Widersprüchliche Befunde und unzureichende Konzepte

Selten ist so häufig vom vermeintlichen steigenden Antiamerikanismus der Deutschen die Rede gewesen wie im »Nachrüstungsjahr« 1983. Und selten schienen zugleich die Diagnosen und Befunde derart widersprüchlich und verwirrend: Da entwickelt sich ein breiter Protest in der Bundesrepublik Deutschland gegen die Aufstellung neuer amerikanischer Atomraketen, und lautstarke Kritik an den USA wird geübt. Und viele – nicht nur im Inland, sondern auch im Ausland – meinen darin einen dramatisch steigenden Antiamerikanismus zu erkennen. »Vor zehn Jahren identifizierte sich die Bundesrepublik mit Amerika« – so der französische Philosoph André Glucksmann –, »heute ist es das antiamerikanischste Land in Westeuropa«.¹ Gleichzeitig kündeten empirische Befunde aus neueren Meinungsumfragen von einem ungebrochenen positiven Verhältnis zu den USA. Selbst nach Stationierungsbeginn, so vermeldet verwundert das EMNID-Institut in seinem Informationsdienst, halten die Bundesbürger in ihrer überwältigenden Mehrheit die Kooperation mit den Vereinigten Staaten für unverändert wichtig.² Hat die Diskussion um die Nachrüstung die Bevölkerung womöglich gar nicht berührt? Liegen im Meinungsbild der Bevölkerung Widersprüche und Ungereimtheiten vor – oder haben falsche Kategorien bei der Wahrnehmung und Interpretation den Blick für die Realitäten verstellt?

Entzündet hatte sich die Diskussion um den Antiamerikanismus vor allem an der Nachrüstungsdebatte und dem Entstehen der Friedensbewegung: Die Opposition gegen die Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen galt vielen als einseitige Parteinahme für die Sowjetunion, Kritik an der amerikanischen Regierung als Antiamerikanismus. Für manche Kommentatoren schien ohnehin Nachrüstungsgegnerschaft, Anti-Nato-Politik und Anti-Amerika-Emotion dasselbe. Der Vorwurf des Antiamerikanismus geriet so nicht selten geradezu zu einem »Dreschflegel«, mit dem in der politischen Auseinandersetzung operiert wurde. Der Realitätsgrad der Vorwürfe blieb ebenso ungeklärt wie eine genauere inhaltliche Bestimmung des Sachverhalts. Damit wurde einer Mythenbildung Vorschub geleistet.³ Eine ganze Reihe von Differenzierungen ist – allein schon auf der konzeptuellen Ebene – jedoch notwendig: So brauchen öffentliche Äuße-

rungen einzelner Repräsentanten der Friedensbewegung und das vorherrschende Meinungsbild unter ihren Anhängern nicht unbedingt übereinzustimmen. Das gilt für diese Bewegung ebenso wie für die etablierten Parteien. Kritik an der amerikanischen Regierung ist nicht notwendigerweise eine Kritik an den Vereinigten Staaten als Nation. Wer beides gleichsetzt, der verwechselt Staat und Regierung. Und Protest wird immer eine gewisse – oft nur auf den ersten Blick – einseitige Stoßrichtung haben. Er wird sich zunächst einmal gegen jene richten, die eine neue Maßnahme einleiten wollen und von denen man außerdem glaubt, sie noch beeinflussen zu können. Ob wachsende Kritik an den Vereinigten Staaten einen steigenden Antiamerikanismus in der Bevölkerung widerspiegelt und ob die Bundesrepublik dabei eine herausgehobene Sonderposition einnimmt, kann nicht auf der Basis von Einzeleindrücken, sondern nur empirisch auf der Basis repräsentativer und bundesweiter Umfragen beantwortet werden. Im folgenden soll eine derartige Bestandsaufnahme unter besonderer Berücksichtigung zeitlicher Trends und im Kontext international vergleichender Untersuchungen unternommen werden. Das Bild, das sich eröffnet, sieht um einiges differenzierter aus, als es die üblichen Darstellungen und Kommentare nahelegen.

2. Positive Grundstimmung und spezifische Detailkritik

International gesehen gehört die Bundesrepublik in der Beurteilung der USA und ihrer Rolle in der Welt auf der Ebene der Bevölkerungsmeinung zu den treuesten Bündnispartnern. In dieser Hinsicht hat sich in der letzten Zeit *nichts* Wesentliches geändert. Selbst im Verlauf der 80er Jahre, als der Nachrü-

¹ Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 28. 11. 1983, S. 19.

Inzwischen ist das Buch von Glucksmann, auf das sich dieser Satz gründet, in der Bundesrepublik unter dem Titel »Philosophie der Abschreckung« erschienen.

² EMNID Informationen Nr. 11/12, 1983, S. 3.

³ Zu den nicht-intendierten, eher negativen Folgen dieser Mythenbildung zählt, daß im Ausland diese Deutung gestärkt worden sein dürfte, Auswirkungen auf die außenpolitischen Beziehungen nicht auszuschließen sind. Zur pauschalen Verwendung des Begriffs als »Dreschflegel« vgl. auch G. C. Behrmann: Geschichte und aktuelle Struktur des Antiamerikanismus, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B29/30, 1984, S. 4.

stungsprotest zu einer breiten Massenbewegung anschwell, nahmen die Bundesbürger nach wie vor eine überproportional positive Haltung gegenüber den USA ein. Dies läßt sich anhand einer ganzen Reihe von Indikatoren und Umfragen nachweisen – angefangen bei der allgemeinen Meinung, die man von den USA hat, bis hin zur Beurteilung amerikanischer Truppenstationierung in der Welt. So glaubten z. B. in einer NEWSWEEK-Umfrage vom Januar 1983 in Frankreich, Großbritannien, Japan, Brasilien und Mexico überall mehr Befragte an eine destabilisierende als an eine stabilisierende Wirkung einer derartigen Stationierung. Nur bei den Deutschen verhielt es sich genau umgekehrt. Sie sahen darin mehr Vor- als Nachteile.⁴

Auch im Langzeitvergleich gibt es keine Anzeichen für besondere Auffälligkeiten. Ein steigender Antiamerikanismus ist nicht zu erkennen; eher das Gegenteil: im Jahre 1981, als es zu der ersten Bonner Großkundgebung der Friedensbewegung kam, erreichten die Amerikaner auf die Frage »Mögen Sie eigentlich die Amerikaner oder mögen Sie sie nicht besonders?« eine der besten Bewertungen innerhalb der letzten 20 Jahre; selbst die amerikanische Truppenstationierung auf deutschem Boden wurde bis Anfang der 80er Jahre immer mehr akzeptiert. In beiden Fällen ist es eine Mehrheit, die so denkt.⁵ Infolgedessen kann die Ausbreitung der Nachrüstungsgegnerschaft in den 80er Jahren nicht – wie oft geschehen – als Symptom einer wachsenden Anti-Amerika-Stimmung gedeutet werden. Weil die Nachrüstungsgegnerschaft nicht auf eine Minderheit beschränkt ist, sondern eine Mehrheit umfaßt (kurz vor Stationierungsbeginn rund zwei Drittel der Bevölkerung)⁶, können Nachrüstungsablehnung und positive Beurteilung der Vereinigten Staaten zudem keine Gegensätze sein.

Der Wandel, der sich in den Einstellungen abzeichnet, trägt einen anderen Charakter als häufig unterstellt wird. Er ist nicht global auf die Amerikaner, sondern spezifisch auf die Führungsspitze der USA gerichtet. Denn in der gleichen Zeit, in der nach wie vor ein gutes Verhältnis zu den USA angestrebt wird, die Mehrheit weiterhin den Amerikanern positiv gegenübersteht, sinkt das Vertrauen in die Handlungskompetenz der amerikanischen Regierung und ihren Präsidenten. Die Wende in der Außen- und Sicherheitspolitik in den USA geht ebenso in diese Bewertung mit ein wie die Erfahrungen, die aus bestimmten politischen Entscheidungen (z. B. Konflikt um Röhrenembargo) erwachsen und für die Bundesrepublik negativ zu Buche geschlagen sind. Verstärkt sieht man die amerikanische Politik als eine Politik der Einmischung sowohl in die Politik anderer Staaten als auch der ihrer Verbündeten. Das Image der USA und der Sowjetunion gleicht sich damit seit 1981 – zu Lasten der USA – immer mehr an. 1980 meinten z. B. lediglich 38 % der Bundesbürger, die USA und die UdSSR wären ein Land, das sich in die inneren Angelegenheiten kleinerer Länder einmische, 1983 sind es 61 %. 1980 erblickten 14 % in der UdSSR und in den USA eine mögliche Gefährdung des Weltfriedens, 1983 34 %.⁷

Wie sehr sich die Beurteilung zum Negativen geändert hat, dokumentiert Tabelle 1. Sie führt zwei Typen von Fragen auf: nach der Lösung weltweiter Probleme (hier »Problemlösungskompetenz« genannt) und zum vernünftigen Reagieren auf weltweite Probleme/politische Krisen/ Augenblickliche weltpolitische Probleme (hier »politische Kompetenz« genannt).⁸ Die Fragen zur Problemlösungskompetenz unter-

scheiden sich von denen nach der politischen Kompetenz in zweifacher Hinsicht: (1) der Bezug zu den weltweiten Problemen ist global. Impliziert sind *alle* aktuellen Weltprobleme. Die Fragen zum vernünftigen Vorgehen sind dagegen spezifischer ausgerichtet. (2) Die Frage zur Lösung weltweiter Probleme läßt die Art und Weise der Problemlösung unthematisiert. Mancher Befragte mag Vertrauen in die Fähigkeit der USA haben, aufgrund der ökonomischen und militärischen Ressourcen mit den Problemen fertig zu werden, dabei jedoch nicht notwendigerweise ein vernünftiges Handeln unterstellen. Veränderungen in der wahrgenommenen Problemlösungskompetenz werden seltener eine Veränderung in der wahrgenommenen politischen Kompetenz nach sich ziehen als umgekehrt.

Den Indikatoren zur Problemlösungskompetenz zufolge hatten im Herbst 1981 62 % der Bundesbürger Vertrauen zu den USA, im Januar 1983 nur noch 43 %. Dieser Trend findet seine Parallelen in der Einbuße der wahrgenommenen politischen Kompetenz: sie sinkt ebenfalls stark ab, liegt im Februar 1982 bei 57 %, im August 1983 bei 37 % und – nach einem leichten, vorübergehenden Aufschwung – im Mai 1984 bei 35 %. Das ist zusammengenommen ein durchaus dramatischer Einbruch in die Vertrauensbeziehung. Die Verhältnisse haben sich komplett umgedreht: Mißtrauen dominiert. Und es geht quer durch die Bevölkerung. Es zeichnet selbst die Befragten über 65 aus, welche noch das größte Vertrauen in die USA aufbringen. Und noch etwas weiteres fällt auf: je höher die Bildung – desto geringer die Zuversicht.⁹ Kritik an der amerikanischen Regierung kann nicht als bloßer Affekt der Uninformierten abgetan werden.

In der Frage zur Problemlösungskompetenz scheint das Tief im Herbst 1984 wieder überwunden. Hatten im Januar 1983 nur 43 % Vertrauen geäußert, so sind es nun 55 %. Deutet sich eine generelle Umkehr des Trends an? Ist das Vertrauen allgemein wiedergewonnen? Wir neigen dazu, dieses Phänomen als kurzfristige Reaktion und als nicht notwendigerweise

4 Vgl. u. a. Newsweek, Juli 1983, S. 9; World Opinion Update, VI, No. 3, 1982, S. 71; W. J. Feld: Aufrüstung und europäisch-amerikanische Spannungen – bricht die Allianz zusammen?, in: Journal für Sozialforschung, 24, 1984, S. 294 ff.

5 G. Herdeggen und E. Noelle-Neumann: Gute Freunde, schlechte Kritik, in: Die politische Meinung, 29, 1984, S. 4 ff; K. H. Reuband: Ist der sicherheitspolitische Konsens zerbrochen?, in: W. R. Vogt, Hg., Militär als Gegenkultur? Bd. 1. Leverkusen 1985 (im Druck).

6 Eine ausführliche Bestandsaufnahme unter Berücksichtigung methodischer Probleme findet sich bei K. H. Reuband: Demoskopische Verwirrungen in der Nachrüstungsfrage, in: Vorgänge, Nr. 66, 1983, S. 62-80.

7 SINUS; Sicherheitspolitik, Bündnispolitik und Friedensbewegung. München 1983, S. 11 ff.

8 Auf der Ebene der Einzelkategorien mag die Vergleichbarkeit noch am besten gewisse Probleme aufweisen: mal wird der negative Endpunkt sehr mild (»sehr geringes Vertrauen«), mal sehr restriktiv (»überhaupt kein Vertrauen«) formuliert. Faßt man die beiden positiven und die beiden negativen Kategorien zusammen, so dürften diese Probleme jedoch verschwinden. Weniger klar sind die Auswirkungen unterschiedlich hoher Meinungslöslichkeit, bedingt durch unterschiedlich hohe Tolerierung dieser Kategorie. Ob sie primär der positiven Beurteilung der USA zugutekommen oder gleichmäßig auf positive und negative Sentiments verteilt sind, steht dahin. Sicher ist jedoch: der Trend zum Vertrauensverlust im Frühjahr 1984 gilt auch dann, wenn man den Umgang mit den Meinungslosen konstant hält (vgl. die Okt./Nov.-Werte).

9 Unveröffentlichte Tabellen des EMNID-Instituts zur Umfrage von Mai 1984.

dauerhaftes Element zu interpretieren: Möglicherweise können bei der Frage nach der Lösung weltweiter Probleme vor allem der spektakuläre Anstieg des Dollars und die sich mehrenden Nachrichten über einen amerikanischen Wirtschaftsaufschwung mit ins Spiel. Man mag aufgrund dessen dazu tendieren, den USA mehr ökonomische Möglichkeiten bei der Lösung der Probleme zu unterstellen. Ob auch die politische Kompetenzzuweisung betroffen ist, kann mangels verfügbarer Daten nicht beurteilt werden. Das Image des amerikanischen Präsidenten zeichnet sich seit dem Frühjahr 1984 jedenfalls durch keine Besserung ab.¹⁰ Aber auch wenn sich die perzipierte politische Kompetenz aufgrund seiner veränderten Rhetorik ein Gefolge des amerikanischen Wahlkampfes gewandelt haben sollte. Es würde sich um einen eher *prekären* Vertrauensbonus handeln – er würde schnell wieder verschwinden, sobald sich die entsprechenden Rahmenbedingungen ändern, die wahltaktische Zurückhaltung wieder aufgegeben wird.

Wer die amerikanische Regierung kritisiert, der wird in erster Linie an den amerikanischen Präsidenten denken. An ihm wird sie gemessen und beurteilt. Er bestimmt die Regierungsgeschäfte und entscheidet über Minister und Berater. Kein Wunder, daß die Bewertung Reagans seit seinem Amtsantritt eine ähnliche Veränderung durchläuft wie die amerikanische Regierung insgesamt. Die Ausgangssituation für Reagan war dabei von vornherein nicht etwa ungünstig; seine Bewertung durch die Bundesbürger kurz nach der Wahl war tendenziell positiv und durchaus der Beginn der Amtszeit Jimmy Carters vergleichbar. Doch mehr als Carter verlor er in kurzer Zeit den Vertrauensbonus: Überwogen in der Endphase der Carter'schen Regierungszeit noch die zustimmenden Antworten zu seiner Politik, so dominiert bereits im Herbst 1981 unter Reagan die Zahl der mißbilligenden Antworten. Und sie wird im Verlauf der Jahre immer größer. Immer mehr Bundesbürger halten seinen politischen Kurs für zu hart. Überwog noch im Mai 1981 der Anteil derer, die das politische Handeln »gerade richtig« fanden, so ist seit Herbst 1981 der Anteil derer immer größer, welcher den Kurs für zu hart erachtet. Als »zu weich« bezeichnet ihn kaum jemand. Imageuntersuchungen Reagans belegen einen ähnlichen Trend.

1980 – noch unter Carter – erklärten sich lediglich 31% der Bundesbürger nicht mit der Politik des US-Präsidenten einverstanden, 1981 waren es 43%, 1982 bereits 62%, 1983 61%. Image-Untersuchungen Ronald Reagans, die mit einer Liste von vorgegebenen Persönlichkeitseigenschaften arbeiten, zeichnen diese Entwicklung zunehmender Distanziertheit im Verlauf seiner Amtszeit ebenfalls deutlich nach. Im November 1980 bezeichneten ihn 11% als engstirnig und 15% als rücksichtslos; im November 1984 hatte sich jeweils dieser Wert auf 23% und 34% verdoppelt. Angesichts dessen verwundert es nicht, daß viele ihn nicht gerne wieder als US-Präsidenten sehen würden. Gefragt, ob sie es begrüßen würden, wenn Ronald Reagan für eine weitere Amtsperiode als Präsident gewählt würde, antwortete im Mai 1984 der größere Teil der Bundesbürger negativ (Tabelle 2). In Übereinstimmung damit zeigen Imageuntersuchungen vom November 1984, daß Walter Mondale als Herausforderer Reagans im Präsidentenwahlkampf in vielerlei Hinsicht besser beurteilt wird: Er gilt zwar als unerfahrener und weniger entschlußkräftig, wird jedoch vor allem in den negativ beladenen, aggressiv getönten Eigenschaftsmerkmalen besser bewertet.¹¹

Die weit verbreitete Skepsis gegenüber Ronald Reagan ist dabei durchaus keine globale. Daß seine Wiederwahl in Amerika, die deutsch-amerikanischen Beziehungen oder die Bedeutung Amerikas in der Welt gut wäre, wird als Möglichkeit durchaus zugestanden: der Anteil ist größer oder genauso groß wie der Anteil jener, die anderer Ansicht sind. In der Beurteilung der Sicherheits- und außenpolitischen Konsequenzen ist die Haltung jedoch eindeutig negativ: 53% der Bundesbürger hielten im Mai 1984 im Hinblick auf den »Frieden in der Welt« die Wiederwahl für wenig wünschenswert, nur 38% vermochten ihr positive Aspekte abzugewinnen.¹² Was sich in den Umfragen abzeichnet, ist somit kein Antiamerikanismus schlechthin, sondern allenfalls ein Anti-Reaganismus. Und dieser ist zudem nicht generalisiert und diffus, sondern spezifisch ausgerichtet.

3. Kritik an der amerikanischen Regierung – eine deutsche Besonderheit?

Welchen Sinn macht nun das beobachtete Muster? Und wie sehr ist es für die Deutschen charakteristisch? Für Elisabeth Noelle-Neumann, der Leiterin des Allensbacher Instituts für Demoskopie, ist das unterschiedliche Muster und die unterschiedliche Entwicklung in der Beurteilung der Amerikaner auf der einen und der amerikanischen Regierung auf der anderen Seite ein eklatanter Widerspruch. Für sie ist selbst ein Widerspruch, wenn der Präsident allgemein als zu hart, bei Einzelentscheidungen als moderat eingeschätzt wird. In verschiedenen neueren Veröffentlichungen vermag sie all dies nur als Ausdruck einer Verwirrung im Meinungsbild zu verstehen. Und diese Verwirrung begreift sie als Folge eines für die Bundesrepublik spezifischen »Kampfes« um die öffentliche Meinung mit Mitteln »psychologischer Kriegsführung«. Die Schuld schreibt sie (ohne jegliche Belege) den Massenmedien zu: die Journalisten würden ihre eigenen Ansichten in die Berichterstattung zu negativ über Amerika hineinragen und das Meinungsklima mitprägen.¹³

Diese Interpretation ist logisch, theoretisch und empirisch unhaltbar. Differenzierende Beurteilungen können nun einmal zu unterschiedlichen Mustern und Trends führen. Dies ist ebensowenig ein Widerspruch, wie wenn einzelne Entscheidungen des US-Präsidenten – z. B. in Reaktion auf den koreanischen Jumbo-Abschuß – eher als zu weich, seine sonstige Politik als zu hart beurteilt wird. Wäre die veränderte Beurteilung des amerikanischen Präsidenten zudem ein deutsches Spezifikum, so dürfte sie nicht in anderen Ländern auftreten. Genau dies aber ist der Fall. So sank z. B. in Großbritannien das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit der USA in

10 EMNID Informationen Nr. 8/1984, S. 9.

11 Zum Image Reagans vgl. EMNID Informationen Nr. 8, 1984, S. 15; G. Herdeggen und E. Noelle-Neumann, a.a.O. (Anm. 5); SINUS Sicherheitspolitik, Bündnispolitik und Friedensbewegung. München 1983, S. 21; E. Noelle-Neumann und E. Piel: Jahrbuch der Demoskopie 1978-1983, S. 612 f.

12 EMNID-Informationen 5/1984, S. 13.

13 Vgl. z. B. E. Noelle-Neumann: Are the Germans »collapsing« or »standing firm«?, in: Encounter, Februar 1982, Nr. 2, S. 78; E. Noelle-Neumann: the missile gap: the German press and public opinion, in: Public Opinion, Oct./Nov. 1983, S. 49; G. Herdeggen und E. Noelle-Neumann, a.a.O., S. 9 (Anm. 5). Ähnlich G. Wagenlehner: Wie antim Amerikanisch ist unsere Jugend?, in: Loyal, 1985, S. 12.

den letzten Jahren ebenso wie in der Bundesrepublik. Der rapide Vertrauensverlust bereits im Verlauf des Jahres 1981 kennzeichnet mehr oder minder alle europäischen Länder. Selbst in den USA änderte sich das Bild des Präsidenten in der gleichen Zeit zum schlechten: Die mehrheitliche Billigung der Regierungsführung wich einer mehrheitlichen Mißbilligung und erreichte ihren Tiefpunkt im Januar 1983 mit nur 35 % Zustimmung. Seitdem hat sich das Ansehen des Präsidenten wieder erholt – im wesentlichen durch innenpolitische, vor allem ökonomische Gründe bedingt. Die Beurteilung seiner außenpolitischen Kompetenz ist davon weniger berührt. Die Ansichten dazu sind eher geteilt; der demokratischen Partei mit ihrem Kandidaten Mondale wird mehr Kompetenz in der Friedenssicherung zuerkannt. Und dieser Trend hat sich in dieser Zeit eher noch verstärkt. Außenpolitische Aspekte prägen demgegenüber naturgemäß stärker das Bild des Präsidenten im Ausland als inneramerikanische.¹⁴ Kein Wunder also, daß in Europa der Trend in der Globalbeurteilung etwas anders verläuft als in den USA.

Daß das Ansehen der amerikanischen Regierung nicht nur in der Bundesrepublik, sondern auch in anderen Ländern zurückging, ist ein Zeichen für länderunabhängige Einflußfaktoren. Sie sind in erster Linie wohl im Verhalten und den Äußerungen des Präsidenten zu suchen. Denn auch wenn Ereignisse über Massenmedien vermittelt werden – die Gestaltbarkeit der Meldungen selbst ist nicht immer derart groß, daß man Realitäten völlig umkehren könnte. Wenn Mitglieder der amerikanischen Regierung von der Begrenzbarkeit eines Atomkrieges auf Europa reden, außenpolitische Entscheidungen ohne Konsultation der Verbündeten, gar über ihre Köpfe hinweg, gemacht werden oder »scherzhaft« die Bombardierung der Sowjetunion verkündet wird, dann ist an der potentiellen Bedrohlichkeit der Meldung für die Europäer nicht viel zu deuteln. Ereignisse sind lediglich innerhalb eines gewissen Spielraums variabel interpretierbar. Sie haben gewisse Grenzen, welche der Verarbeitung gesetzt sind. Selbst wenn man Äußerungen – etwa zur angedrohten Bombardierung – in der Berichterstattung als »Scherz« abtut; die Äußerung bleibt als Faktum bestehen und wird – gemildert oder verstärkt durch den bestehenden Bezugsrahmen und die Mediendarstellung – zur Kenntnis genommen. Jegliche Reaktionen der Bevölkerung auf die Art der Medienberichterstattung zurückzuführen, wie es Noelle-Neumann offenbar tut, heißt, die Medien zu überschätzen.

Wie sehr Ronald Reagan mit seiner Rhetorik sein Bild in der Öffentlichkeit selbst schädigt, das haben nicht zuletzt die Reaktionen auf seine Äußerungen bei einer Mikrophonprobe gezeigt: »Meine amerikanischen Mitbürger. Ich freue mich, Ihnen mitteilen zu können, daß ich soeben ein Gesetz unterzeichnet habe, durch das Rußland für immer geächtet wird. Die Bombardierung beginnt in fünf Minuten.« 77 % der Bundesbürger – so eine Umfrage kurz danach – gaben an, davon gehört zu haben. Gefragt, ob Reagan damit wohl nur einen Witz gemacht oder eher geheime Wünsche preisgegeben habe, glaubten mehr (45 %) an geheime Wünsche als an einen Witz (36 %). Aber selbst bei denjenigen, welche die Äußerung als Witz interpretierten, stieß sie auf Widerstand: für 86 % aller Bundesbürger geht sie zu weit. Nur 10 % bekundeten Akzeptanz; er könne schon mal so etwas sagen. Rund zwei Drittel sahen durch diese Äußerungen Schaden für die Ost-West-Beziehungen erwachsen. Und diese Ansicht geht – wenn

auch unterschiedlich akzentuiert – durch die Anhängerschaft der großen Parteien: 55 % der CDU/CSU teilten diese Ansicht, 74 % der SPD-Wähler.¹⁵

Die Amerikaner, denen in einer Parallelumfrage die gleichen Fragen gestellt wurden, zeigten sich gegenüber den Deutschen (und wohl den Europäern überhaupt) weniger beeindruckt. Sie konzedierten eher einen Scherz als geheime Wünsche, glaubten auch seltener als die Deutschen an Auswirkungen auf das Ost-West-Verhältnis. Aber auch hier ist es eine Mehrheit von 63 %, die derartige Äußerungen für unangemessen hält. Diejenigen, die negative und keine Auswirkungen auf das Ost-West-Verhältnis befürchten, halten sich die Waage. Obwohl die US-Bürger – wie die Bürger anderer Staaten – ihrem eigenen Regierungschef aufgrund sonstiger Loyalitäten einen gewissen »Bonus« einräumen¹⁶, stoßen auch hier die Aussagen Reagans auf negative Resonanz.

Wie wenig die Deutschen in ihrer Kritik gegenüber der amerikanischen Regierung und ihrem Präsidenten eine Sonderstellung einnehmen, belegen internationale Vergleichsuntersuchungen. In einer neueren Untersuchung vom Mai 1984 – Großbritannien, Spanien, Irland und die Bundesrepublik umfassend – überwiegt *überall* das Mißtrauen, und es ist in Deutschland keinesfalls größer als anderswo (Tabelle 2). Dies ist, vor allem angesichts vieler Stereotypen über deutschen Antiamerikanismus, bemerkenswert. Doch noch bemerkenswerter ist es, daß die Deutschen unter allen befragten Ländern die beste Beurteilung der amerikanischen Regierung abgeben. In dieser Hinsicht heben sie sich selbst von den Ländern ab, die traditionell enge Bindungen an die USA haben. So ist das Vertrauen in die amerikanische Regierung z. B. in der Bundesrepublik *doppelt* so groß wie in Großbritannien – dem Land mit gemeinsamer angelsächsischer Tradition. Selbst die jungen Bundesbürger, die der amerikanischen Regierung noch am kritischsten gegenüberstehen, zeichnen sich gegenüber der britischen (jungen und älteren) Bevölkerung durch größere Sympathie aus. Hatten unter den 14-19-jährigen Deutschen nur 28 % ein »sehr großes« oder »beträchtliches« Vertrauen in die amerikanische Handlungskompetenz, so sind es unter den Engländern lediglich 17 %. Die Deutschen nehmen nicht nur in der globalen Beurteilung der USA nicht die unterstellte Negativposition ein, sie sind auch in der Beurteilung Ronald Reagans moderater: Der Anteil derer, die einen anderen Präsidenten als Reagan sich wünschten, ist geringer als in den anderen Ländern. Die Zahl derer ist gar größer, die positive Auswirkungen auf den Weltfrieden daraus erwachsen sehen.

4. Stationierungsbeschluß und Jumbo-Abschuß

Noch Mitte vorigen Jahres glaubte rund die Hälfte der Bundesbürger nicht an eine Aufstellung neuer Raketen im Jahre

14 Zum sinkenden Vertrauen zu den USA in Großbritannien vgl. N. L. Webb und R. J. Wybrow: friendly persuasion: Advice from Britain, in: Public Opinion, Febr./March 1983, S. 13; Zum Vertrauensverlust in den europäischen Ländern allgemein bereits 1981 vgl. W. Schneider: Elite and public opinion/ the alliance' new fissure?, in: Public Opinion, Febr./March 1983, S. 6. Zur Situation in den USA vgl. Gallup Report Nos. 220/221, 1984, S. 8 ff.

15 DER STERN Nr. 35, 1984, s. 18 ff.

16 Dazu generell vgl. J. E. Mueller: War, presidents and public opinion. New York 1973

1983. Und noch kurz vor dem Scheitern der Verhandlungen meinte der größere Teil, sowohl die Sowjetunion als auch die USA würden nicht ernsthaft genug verhandeln.¹⁷ Angesichts dieser Skepsis auch den Amerikanern gegenüber und der nahenden Stationierung hätte man einen weiteren Vertrauensverlust der amerikanischen Regierung erwarten müssen. Doch in unserer Fragenserie (Tabelle 1) geht das Vertrauen nicht etwa zurück oder bleibt stabil, es steigt im Gegenteil sogar an: von 37 % im August auf 43 % im September. Es verhartet zunächst auf diesem Niveau, selbst nachdem die Genfer Verhandlungen für gescheitert erklärt wurden, die Stationierung vom Bundestag noch einmal ausdrücklich bejaht wurde. Das klingt paradox: Hat die sich anbahnende Raketenstationierung das Vertrauen erhöht? Hat womöglich die feste Haltung der USA in der Raketenfrage ihr Respekt eingebracht und sich auf ihr Ansehen positiv ausgewirkt?

Die Ursachen dürften woanders zu suchen sein. Und sie liegen nicht etwa auf Seiten der USA, sondern der UdSSR: Am 1. September schossen die Sowjets ein koreanisches Zivilflugzeug ab, 269 Menschen fanden den Tod. Dieses Ereignis hat nicht nur das Vertrauen in die Sowjetunion beeinträchtigt, es könnte sich auch - womöglich nur vorübergehend - zugunsten der amerikanischen Regierung ausgewirkt haben. Dabei ist es weniger die allgemein als moderat eingeschätzte Reaktion des amerikanischen Präsidenten auf dieses Ereignis¹⁸; die Umfrage vom September, aus der hier die Umfrageergebnisse stammen, wurde überwiegend vor der offiziellen amerikanischen Reaktion durchgeführt. Entscheidender scheint uns, daß Images und Stereotypen von Kontrahenten gewöhnlich auch ursächlich miteinander »verschränkt« sind¹⁹, Veränderungen im Bilde des einzelnen Folgen auch für das Bild des anderen haben. Im vorliegenden Falle könnte der Abschluß des Jumbo die Freund-Feind-Polarisierung gestärkt haben. Dafür sprechen vor allem die Ergebnisse einer eigenen Umfrage, nach der primär jene Befragten eine Aufwertung der USA vornehmen, die der UdSSR das geringste Vertrauen entgegenbringen. Daß das amerikanische Image durch den Abschluß mittangiert wird, belegen auch Ergebnisse einer Umfrage, die das SINUS-Institut im August/September 1983 durchführte. Negativzuschreibungen sinken danach in der Periode nach dem Abschluß z.T. erheblich ab.²⁰ Für die Mehrheit der Bundesbürger kann zu dieser Zeit von einer Schuld oder Mitschuld der USA nicht die Rede sein. Daß ein Vorwurf, das Flugzeug hätte einen Spionageauftrag gehabt, berechtigt sein könnte, glaubt kaum jemand. Daß die Amerikaner in die ganze Sache womöglich stärker verwickelt sind als zunächst offiziell dargestellt, sickert erst später - im Jahre 1984 - nach und nach in den Medien durch, erreicht aber keine vergleichbare Sichtbarkeit.²¹

Bemerkenswerterweise scheint auf den ersten Blick ohne nennenswerte Auswirkungen auch die Grenada-Invasion der USA zu sein: Die Vertrauenswerte im November/Dezember sind nach wie vor höher als die im August, gegenüber dem September stabil. Unterschwellige Auswirkungen der Invasion auf das Meinungsbild sind gleichwohl nicht ausgeschlossen: die Beurteilung der Invasion ist in der Bevölkerung nicht positiv, sondern geteilt. Befürworter und Gegner halten sich in etwa die Waage.²² Die positiven Nachwirkungen des Jumbo-Abschusses könnten durch die negativen der Grenada-Invasion kompensiert und so ein zunächst über die Zeit stabiles Muster bedingt haben. In dem Maße, wie der Abschluß des

Jumbo verbläßt, sinkt das Image der USA auf das Niveau, das dem von August 1983 ähnlich ist. Die Werte für Mai 1984 entsprechen in etwa diesen früheren Werten.

5. Auswirkungen auf die transatlantische Kooperation

Das sinkende Vertrauen in die USA und die wachsende Nähe zum Stationierungsbeginn haben die Einstellung zur Nachrüstung und transatlantischen Kooperation nicht unberührt gelassen. Ob jemand Vertrauen in die Handlungskompetenz der USA hat oder nicht, wirkt entscheidend auf die eigene Einstellung zur Nachrüstung ein. Offensichtlich geht es für viele nicht allein um die vermeintliche oder reale »neue« Qualität der Waffen oder schlicht um Angst vor Atomwaffen überhaupt. Es geht ebenfalls um das Ansehen jener Instanz, die letztlich über den Einsatz entscheidet. Das Vertrauen in die Handlungskompetenz der Sowjetunion spielt demgegenüber so gut wie keine Rolle: sowohl die Befürworter als auch die Gegner der Nachrüstung sind in fast gleichem Maße von Mißtrauen geprägt. Die Verbreiterung der Nachrüstungsgegnerschaft im Verlaufe der 80er Jahre dürfte so denn nicht nur durch steigendes Wissen um die Nachrüstung, sondern auch durch das sinkende Vertrauen in die amerikanische Regierung mitbeeinflusst sein.²³

Doch nicht nur im Hinblick auf die Nachrüstungsfrage, sondern auch im Hinblick auf die transatlantische Kooperation

17 Zum erwarteten Stationierungstermin vgl. Forschungsgruppe Wahlen e.V., Politbarometer Mai, Juni 1983. Zum Teil ist diese Wahrnehmung wohl auch eine Folge fehlenden Wissens. Im August/September 1983 wußte z. B. nicht einmal die Hälfte der Bundesbürger, daß nach offiziellem Stationierungsfahrplan noch im gleichen Jahr mit der Aufstellung begonnen werden sollte. Vgl. K. H. Reuband: Sicherheitspolitische Kenntnisse in der Bevölkerung - das Beispiel Nachrüstung. Erscheint in: R. Steinweg, Red., Kriegsursachen, Frankfurt 1985; Zur Einschätzung der Verhandlungsbereitschaft vgl. K. H. Reuband: Issueorientierung und Nachrüstungsprotest, in: J. W. Falter, C. Fenner und M. Th. Greven, Hg., Politische Willensbildung und Interessenvermittlung. Opladen 1984, S. 598; SINUS, a.a.O. (Anm. 11), S. 45.

18 Institut für Demoskopie: Allensbacher Berichte, Nr. 25, 1983, S. 5.

19 Zur »Verschränkung« von Stereotypen W. Manz: Das Stereotyp. Meisenheim am Glan 1968, S. 82 ff.

20 Mangels Paneldesign muß man sich auf einen Vergleich auf der Ebene aggregierter Daten begnügen. Der Einfluß konfundierender Effekte ist nicht ausgeschlossen (veränderte Zusammensetzung der Kategorien aufgrund leicht veränderter Beurteilung auch der UdSSR). Gliedert man die Umfrage, durchgeführt vom EMNID-Institut, in die Zeit vor und nach dem 1. September auf, so kommt man auf das folgende Muster: Wer der UdSSR vor Abschluß des Jumbos »sehr« oder »ziemlich viel« Vertrauen entgegenbrachte, brachte den USA vor und nach dem Abschluß praktisch genau soviel Vertrauen entgegen (77 % vs. 76 % vorher). Wer »wenig« Vertrauen hatte, steigert das Vertrauen um vier Prozentpunkte und wer »überhaupt kein Vertrauen« hatte, um 11 Prozentpunkte. Zur Imageveränderung in der SINUS Studie vgl. SINUS, a.a.O. (Anm. 7), S. 53, vor allem die letzten drei Items.

21 Zur Beurteilung des Abschusses kurz nach dem Geschehen vgl. Institut für Demoskopie (Anm. 18); zu den Unklarheiten, die sich um den Abschluß des Jumbo ranken, vgl. Süddeutsche Zeitung 8. 3. 1984, Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt, 19. 3. 1984, S. 28; DER SPIEGEL Nr. 41/44/1984; Erhebliche Zweifel an der offiziellen Version und Hinweise auf Schuld oder Mitschuld der USA auch in einer ARD Fernsehsendung im I. Programm im September 1984.

22 World Opinion Update, VIII, Nr. 2, 1984, S. 21-22

23 K. H. Reuband, Issueorientierung, a.a.O. (Anm. 17).

zur Sicherung des Westens am höchsten bewertete. Dies gilt abgeschwächt heute noch: Im Vergleich zu Frankreich oder Großbritannien sind die Deutschen stärker transatlantisch orientiert. Eine Annäherung an die anderen Länder ist gleichwohl unverkennbar. Das aber heißt: Mit dem Doppelbeschluß beginnen die USA, ihren - an den Orientierungen der Bevölkerung gemessen - besten Bündnispartner zu verlieren. Und dieser Vertrauensverlust geht anscheinend quer durch die Anhängerschaft der Parteien, ja, es betrifft die loyalsten USA-Sympathisanten sogar am stärksten: Sowohl in der Frage nach den besten Methoden zur Sicherung westlicher Sicherheit³⁰ als auch bei Fragen im Kontext politischer Prioritäten der Bundesrepublik sind es die CDU/CSU-Wähler, die innerhalb der 80er Jahre gegenüber den USA überproportional auf Distanz gehen. Die Forderung nach Stärkung des Bündnisses mit den USA findet zwischen 1980 und 1984 bei den CDU/CSU-Wählern um 28 Prozentpunkte weniger Rückhalt, bei der SPD um 19 Prozentpunkte, der FDP um 13 und den »grünen« Wählern um 11 Prozentpunkte.³¹

Die Chance, daß dieser Ruf nach mehr Eigenständigkeit selbst in der CDU/CSU auf Resonanz trifft, scheint in den letzten Jahren größer geworden zu sein. So zeigt eine Untersuchung von Parteitage delegierten seit 1975 ein leicht steigendes Bedürfnis nach mehr Unabhängigkeit von den USA. Im Aggregat ist der Wandel nur schwach. Intern ist er aber um so größer: Das wachsende Bedürfnis nach mehr Unabhängigkeit zeichnet vor allem die älteren Delegierten mit längerer Mitgliedschaftsdauer aus! Die jüngeren, weniger einflußreichen, sind demgegenüber mehr denn je an den USA ausgerichtet. Somit neutralisieren sich zwei Gegentrends in gewissem Maße im Aggregat und verdecken einen Strukturwandel größeren Ausmaßes.³²

Frageformulierungen und Umfragebeschreibung

(1) »Wie steht es mit Ihrem Vertrauen in die Fähigkeit der USA, mit den gegenwärtigen Weltproblemen fertig zu werden: Ist Ihr Vertrauen sehr groß - ist es ziemlich groß - ist es ziemlich gering - oder ist es sehr gering?« EMNID-Institut, rund 2000 Befragte, ab 14 Jahre, Quelle: Der SPIEGEL, Nr. 6, 1983, S. 90/Nr. 44, 1984, S. 43

(2) »Wieviel Vertrauen haben Sie alles in allem in die USA, daß sie bei weltweiten Problemen vernünftig vorgeht: sehr viel - ziemlich viel - nicht sehr viel - oder überhaupt kein Vertrauen?« EMNID-Institut, 962 Befragte ab 18 Jahren. Quelle: EMNID-Informationen Nr. 5/6, 1982, S. 39/Nr. 10, 1983, S. 36. Erhebung 3. 2. - 15. 2. 1982

(3) »Wieviel Vertrauen haben Sie insgesamt in die amerikanische Regierung, daß sie bei politischen Krisen in der Welt vernünftig handelt? Sehr viel - ziemlich viel - wenig - oder überhaupt kein Vertrauen?« EMNID-Institut, jeweils rund 1000 Befragte ab 14 Jahren. Eigene Erhebungen des Verfassers. Erhebung: 25. 8. - 31. 8. 1983; 1. 9. - 8. 9. 1983; 24. 11. - 5. 12. 1983

(4) »Wieviel Vertrauen haben Sie in die Fähigkeit der USA, sich mit den augenblicklichen weltpolitischen Problemen vernünftig zu befassen? Haben Sie sehr großes - beträchtliches - geringes - oder sehr geringes Vertrauen in die USA?« EMNID-Institut, rund 1000 Befragte ab 14 Jahren. Quelle: Unveröffentlichte Daten des EMNID-Instituts. Die Antworten

»sehr gering« und (spontan genanntes) »überhaupt kein Vertrauen« sind in der Tabelle zusammengefaßt. Erhebung: 4. 5. - 15. 5. 1984

Tabelle 2 Vertrauen in die USA und Einstellung zur Wiederwahl Reagans im internationalen Vergleich (in Prozent)

	Bundesrepublik	Großbritannien	Irland	Spanien
VERTRAUEN IN USA¹				
Sehr großes	7	4	8	5
Beträchtliches	28	13	25	12
Geringes	34	28	18	23
Sehr geringes	13	29	23	44
Überhaupt keines	8	19	10	
Weiß nicht, keine Angabe	10	7	16	16
ERWÜNSCHTER KANDIDAT²				
Ronald Reagan	24	22	27	15
Jemand anderes	49	67	56	58
Weiß nicht, keine Angabe	26	11	17	27
AUSWIRKUNGEN DER WIEDERWAHL AUF DEN FRIEDEN³				
Gut	38	25	26	15
Schlecht	53	53	52	59
Keine Angabe	9	22	21	26

Die Zahlen addieren sich bei den drei Fragen jeweils auf 100%. Erhebungen durch Institute der Gallup-Kette, in der Bundesrepublik Deutschland durch das EMNID Institut. Jeweils rund 1000 Befragte. Befragung im Mai 1984. Die Tabelle wurde freundlicherweise vom EMNID Institut zur Verfügung gestellt.

Frageformulierungen: (1) »Wieviel Vertrauen haben Sie in die Fähigkeit der USA, sich mit den augenblicklichen weltpolitischen Problemen vernünftig zu befassen? Haben Sie da sehr großes, beträchtliches, geringes oder sehr geringes Vertrauen in die USA?« (2) »Würden Sie es begrüßen, wenn Ronald Reagan als Präsident für eine weitere Amtsperiode wiedergewählt wird - oder wäre es Ihnen lieber, wenn jemand anderes Präsident würde?« (3) »Wenn Ronald Reagan im November wiedergewählt würde als Präsident, wäre das Ihrer Meinung nach gut oder schlecht für den Frieden in der Welt?«

30 International Herald Tribune, 29. 11. 83.

31 Errechnet nach G. Langguth: Der grüne Faktor. Von der Bewegung zur Partei? Zürich/Osnabrück 1984, Tabelle auf S. 60.

32 Während 1975 die Forderung nach mehr Unabhängigkeit von den USA mit sinkendem Alter häufiger gefordert wurde, ist die Beziehung inzwischen umgekehrt: Je älter jemand ist, desto mehr fordert er eine gewisse Eigenständigkeit der bundesdeutschen Politik. Vgl. T. Barton: Die CDU 1975-1983: Nach rechts rutschende Honoratiorenpartei? Zum Selbstverständnis von Parteitage delegierten, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 15, 1984, Tabelle auf S. 209; eigene Berechnungen.